

HEINRICH LUTZ

**ÖSTERREICH-UNGARN UND DIE GRÜNDUNG DES DEUTSCHEN REICHES.
EUROPÄISCHE ENTSCHEIDUNGEN 1867-1871
FRANKFURT/M. - BERLIN - WIEN, 1979. PROPYLÄEN-VERLAG**

Die Deutung des Jahres 1871 als Zeitgrenze ist eine allgemeine Praxis unter den Pflegern der Universalgeschichte. Die marxistischen Historiker verbinden den Anfang der neuen Epoche, des Imperialismus mit den Ereignissen der Pariser Kommune, also mit dem ersten erfolgreichen Versuch der Bildung eines sozialistischen Staates — und auf der anderen Seite rechnen mehrere bürgerliche Historiker die neue Zeit von der Entstehung des einheitlichen Deutschlands. Die Ähnlichkeit der zwei Auffassungen ist schon im ersten Augenblick auffallend: beide knüpfen die Wende der Entwicklung an je ein politisches Ereignis, und obwohl diese sich in ihrer Qualität voneinander durchaus unterscheiden, ist der enge Zusammenhang zwischen ihnen dennoch offenbar.

Auch Heinrich Lutz schätzt die Ereignisse an der Wende der Jahre 1870-1871 als eine qualitative Veränderung ein. Für seinen historiographischen Beruf hält er aber nicht einfach die Erforschung und Rechtfertigung der siegreichen Tendenz, also der Strömungen, die zu dem kleindeutschen Kaiserreich führten, welches auf der Basis des Kompromisses zwischen der militärisch-junkerlichen Schicht und der Bourgeoisie zustandekam. Vielmehr interessiert ihn, was sich nicht vollzog, hätte aber vollziehen können: die Chancen der Entstehung eines den deutschen historischen Traditionen näheren und auch für die umliegenden Länder weniger gefährlichen föderativen deutschen Staatsgebildes.

Für die ungarische Geschichtsforschung ist die Attitüde von Lutz, die Bestreitung des realisierten Weges der Entwicklung und die Andeutung einer entgegengesetzten Richtung nicht unbekannt. Eben während der Bearbeitung der von Lutz behandelten Epoche tauchte auch in der ungarischen Historiographie der Gedanke auf: da die Geschichte kein strenger Determinismus, sondern vielmehr eine Reihe von Wahlen und Entscheidungen ist, hätten die Ereignisse auch eine andere Richtung nehmen können.

Die „Arroganz der Sieger“, die Darstellung der siegreichen Tendenzen als der einzig

realen Möglichkeit der Entwicklung, die Erniedrigung der Historiographie zur Lobpreisung oder mindestens zur Rechtfertigung der Sieger irritiert natürlicherweise den Forscher, der sich mit der Gegenwart und der Vergangenheit gleichermaßen kritisch befassen will. Und an Lobeshymnen über Bismarck, der seinem Versprechen gemäß die Verwirklichung der deutschen Einheit mit Blut und Eisen beschleunigt hatte und den die für Geld oder gar aus Überzeugung dienenden deutschen Journalisten in die Reihe der Kulturhelden hoben, mangelte es nicht.

Was stellt der Historiker der Wiener Universität diesen bismarckschen Thesen gegenüber? Ein solches Bild der Geschichte Mitteleuropas, auf dem statt des vereinfachenden Sieger-Besiegter-Verhältnisses zwischen den Entwicklungstendenzen, also zwischen dem kleindeutschen und großdeutschen Programm der Einheit eine kompliziertere Wechselwirkung zur Geltung kommt. Seine Neigung zu Modellen mit mehreren Faktoren befreit ihn von den Schranken der klassischen Diplomatiegeschichte: den Zusammenhang der inneren, gesellschaftlichen Entwicklung und der Außenpolitik legt er als Axiom fest. Und da er aus der Politik Bismarcks deren grundlegende, konservative Züge hervorhebt, ist es logisch, daß er den sich dem kleindeutschen Einheitsprogramm unter preußischer Leitung entgegenwendenden großdeutschen Vorstellungen und dem als deren ersten Vertreter vorgestellten österreichisch-ungarischen Kanzler Beust die Kategorie des Liberalismus und zwar des im breiteren Sinne verstandenen Liberalismus zuordnet.

So entfaltet sich das ideelle Gerüst einer großangelegten historischen Konstruktion: neben dem bisher als Haupttendenz dargestellten kleindeutschen Einheitsprogramm gab es eine gleichermaßen reale großdeutsche Vorstellung, deren Verwirklicher der österreichisch-ungarische Kanzler, der alte Antagonist Bismarcks, Beust hätte sein können. Diese Variante hätte infolge der Bewahrung der Elemente des deutschen Föderalismus mehr Ruhe für Europa, die Verwirklichung der liberalen politischen

Vorstellungen eine gleichmäßigere, offenere gesellschaftliche Entwicklung für Deutschland gewährt.

Auf dieses Gerüst spannt Lutz die farbige Leinwand der sich zwischen 1867—1872 vollzogenen europäischen und deutschen Veränderungen. Die zentrale Frage ist natürlich die Art der Verwirklichung der deutschen Einheit und die zwei Hauptgestalten des Bildes sind die Vertreter der beiden Entwicklungsmöglichkeiten: Beust und Bismarck.

Die Erörterung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik beginnt mit der Luxemburger Krise und endet mit der Serie der geheimen Konferenzen im Februar 1872. Lutz überschritt also die gewohnten Zeitgrenzen: es fehlen die ersten Monate der Tätigkeit Beusts — dagegen wird die erste Periode der Laufbahn Andrässys untersucht. Die Diplomatiegeschichte hält diese Periode für die Zeit der Suche nach dem rechten Weg. Zu dieser Zeit überstand das vom Wiener Kongreß aufgezeichnete Europa infolge der Entstehung von Deutschland und Italien die ersten größeren territorialen Umwälzungen. Die neue Lage schrieb neue Kombinationen der Allianz vor, und der im der klassischen europäischen Diplomatie bewanderte österreichisch-ungarische Kanzler suchte die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den westlichen Mächten, besonders mit Frankreich auch im Zeichen der Politik des Gleichgewichts. Die langen, komplizierten und von gegenseitigen Vorbehalten belasteten Verhandlungen für die Bildung der französisch-österreichischen Allianz zeigen die wichtigsten inneren Gegensätze dieser Politik: für die Monarchie, die in die nationale Umwälzung Deutschlands aktiv eingreifen wollte, mußte die französische Allianz bedenklich sein. Man wußte wohl in Wien, daß der offensive Auftritt Frankreichs am Rhein auf dem ganzen deutschen Sprachgebiet ein Aufflammen des deutschen Nationalismus auslöst. Deshalb versuchte Beust dadurch, daß er die Orientfrage in den Vordergrund schob, die Interessen der Monarchie im Osten zu gewähren und durch die Enthüllung der russischen Allianz Preußens die Basis des Standpunkts der preußisch-deutschen Landes Verteidigung zu beseitigen. Die Logik des Plans war überzeugend, seine Verwirklichung mußte aber an der Uninteressiertheit der Partner scheitern: auch die militärische Diskussion, welche den diplomatischen Verhandlungen folgte, brachte keinen Erfolg. Neben dem

außenpolitischen Interessengegensatz macht Lutz auf ein weiteres Moment aufmerksam: auf die immer mehr zunehmende innere Unsicherheit in Frankreich und Österreich-Ungarn, infolge derer keine der beiden Seiten im Auge der anderen als attraktiver Partner erschien.

In der zweiten Hälfte des Werkes stellt der Autor die Verblässung der früheren Vorstellungen und die Überhandnahme des bismarckschen Programms dar. Der „positive Held“ bleibt aber auch weiterhin Beust, der in der neuen Lage unermüdlich nach den neuen Möglichkeiten seiner alten Vorstellung, der Bildung einer sich unter österreichischem Einfluß formenden mitteleuropäischen Struktur suchte. Seine Anpassung an die neue Situation war kein Opportunismus, vielmehr eine konsequente Treue an seine Vorstellung: er wollte die Monarchie von dem unter preußischer Leitung zustandekommenden Staat auch nicht entfernen, um durch die nahe Verbindung die Ereignisse in Deutschland beeinflussen zu können. Damit kann man nach den ersten Annäherungsversuchen der österreichisch-ungarischen Außenpolitik an Frankreich die entschiedene Wendung in die Richtung Deutschlands erklären, der Beust dann bis zu seinem Sturz treu blieb.

Die äußeren Bedingungen dieser Wendung waren ungünstig. Noch ungünstiger waren aber die inneren: die deutsche Staatsbildung fällt mit einer kritischen Phase der Monarchie, mit der Krise um den föderalistischen Umgestaltungsversuch überein. All das begründet schon zum Teil die Schwankung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik: obwohl Beust mit gutem Instinkt auf die zwei stärksten Komponenten, auf die deutsche-österreichische Verfassungspartei und die ungarische Deák-Partei baute und sich den dritten einflußreichen Faktor, die sogenannte „Hofpartei“ zu gewinnen bemühte. Bis zum Ende blieb aber sein Verhältnis zu den slawischen nationalen Bewegungen problematisch. Hier ergibt sich die Frage: kann man überhaupt von einer „Hofpartei“ sprechen? Lutz deutet schon mit dem Anführungszeichen an, daß die Gerechtigkeit des Gebrauchs der Kategorie fraglich ist. Mit den im bürgerlichen politischen Leben üblichen Informationen kann diese Gruppe, deren Mitglieder in einigen Fragen vielleicht einheitlich auftraten, aber keine gemeinsame Plattform bildeten, wirklich nicht identifiziert werden. Was ihr Verhältnis zur österreichisch-ungarischen

Außenpolitik zwischen 1867—1872 konkret betrifft, entbehrt es auch jede Eindeutigkeit: die Sehnsucht der preußenfreundlichen Revanche und die Forderung der Neutralität kommt in ihren verschiedenen Äußerungen gleichermaßen vor. (Es muß bemerkt werden, daß selbst die militärische Führung, die den Kern der Gruppe bildete, nicht einheitlich war: der Meinungsunterschied erschien am prägnantesten im Gegensatz zwischen Albrecht und Kuhn, wo Albrecht, der den konservativen Teil der Offiziergarde vertrat, mehrmals seine Vorbehalte gegenüber einer Allianz mit Frankreich zum Ausdruck brachte.)

Die Rolle des österreichischen (genauer: cisleithanischen) Konservatismus führt zur Frage: wenn wir den Standpunkt von Lutz annehmen — und wir haben genug Ursachen dazu —, daß Bismarck nach der Konservierung der mitteleuropäischen Veränderung strebte, wie war sein Verhältnis zu den österreichischen Exponenten der Politik der Bewahrung der Privilegien? Die widerspruchsvollen und taktisch gefärbten Erörterungen des norddeutschen Kanzlers im Herbst 1870 deuten darauf hin, daß hinter den sich auf der Oberfläche meldenden und in der Praxis der täglichen Politik tatsächlich wirksamen Widersprüchen eine Wesensgleichheit steckt: die gemeinsame Formel, die Identität der mit feudalen Überresten beladenen bürgerlichen Umwälzung und das Interesse der Aufrechterhaltung und der qualitativen Einheit des Prozesses auf beiden Seiten, sowohl in Preußen als auch in Österreich. (Damit kann man vielleicht auch den Widerspruch der Ereignisse nach 1879, also der deutschfreundlichen Außenpolitik und der konservativen — und somit als deutschfeindlich dargestellten — österreichischen Innenpolitik auflösen.)

Diese grundlegende Identität wird auch von Lutz dargelegt, wo er darüber schreibt, daß der Kompromiß des Adels und des Bürgertums für die ganze Epoche charakteristisch ist. Das bezieht sich auch auf Preußen und Österreich und der großdeutsch-österreichische Weg konnte darum unserer Meinung nach gegenüber dem kleindeutsch-preußischen Weg keine qualitative Alternative bieten. Auch eine derartige Lösung hätte die alten Schranken der deutschen Entwicklung nicht beseitigen können. Vielmehr sieht man einen Unterschied in der Wirksamkeit des preußischen bourgeois-junkerlichen Klassenbündnis und des österreichischen bürgerlich-aristokratischen Klassenkom-

promißes (in der Bewertung der verhängnisvollen Rolle dieser „Wirksamkeit“ sind wir natürlich mit dem Autor einverstanden); hier möchten wir bloß an die berühmte Charakterisierung des österreichischen Absolutismus von Victor Adler erinnern.

Die Alternative der bismarckschen Politik nach 1867 im Bündnis mit den österreichischen herrschenden Klassen zu suchen, war jedenfalls verspätet. Wenn es überhaupt eine Alternative gab, so muß man sie in der Revolution von 1848 suchen; den wirklichen Scheideweg bedeutete der Sieg oder die Niederlage der deutschen bürgerlichen Revolution, die weiteren Modifizierungen waren eigentlich bloße Korrekturen. Statt der Kategorie der „Alternative“ widerspiegelt die der „Rivalisierung“ die Ereignisse viel genauer. Wollte man die Lage den im Werk ausgezeichnet benützten ideengeschichtlichen Kategorien, beschreiben, so könnte man sagen, daß die sich zur Demokratie neigenden Liberalen von 1848/49 den zum Konservativismus neigenden Liberalen von 1867—1871 gegenüberstanden. Und eine der wichtigsten Besonderheiten der Ideengeschichte der 60er Jahre bestand eben darin, daß es schwer zu entscheiden ist: wer konservativ und wer liberal war. Der Liberalismus verläßt eben seine immer unbequemere revolutionäre Vergangenheit und der Konservativismus übernimmt in seiner defensiven Position immer mehr aus den Mitteln des Liberalismus.

Darum ist es ratsam, bei der Beurteilung der einzelnen Personen vorsichtig zu sein. Hier möchte ich mich nur auf das Beispiel Andrassy beziehen. Es scheint so, daß der Autor, der den Netz der Stereotypen von der Gestalt Beusts mit sicheren Händen abtrennt, dieselbe Arbeit im Falle des ungarischen Grafen nicht vollenden konnte. Der ehemalige Major der Honvédarmee brachte wirklich einen neuen, vom früheren unterschiedlichen Stil auf den Ballhausplatz, und es ist vorstellbar, daß er der damals so modern vorkommenden bismarckschen politischen Praxis offener gegenüberstand, welche aber im Auge der Zeitgenossen vom besten Fürsprecher, von ihrer Wirksamkeit geheiligt wurde. (Man kann das schon deshalb mit dem bürgerlichen Leistungsprinzip in Zusammenhang bringen) Liberale politische Axiome hatte aber auch er aus Budapest mitgebracht, und sein z. B. in der Frage des Balkans vertretener Standpunkt scheint — mindestens in der Anfangsperiode — progressiver zu sein als der seiner

Vorgänger. Andrassy dachte schon an die Unterstützung der selbständigen Entwicklung der balkanischen Völker, als sich Beust, wer die gesellschaftlichen und politischen Reformen für trennbar hielt, um die Bewahrung der türkischen Unabhängigkeit bemühte – und damit ein schönes Beispiel des konservativen Liberalismus gab.

Die vorangehenden Bemerkungen sind natürlich als vom Werk inspirierten Gedanken und nicht als Mängelverzeichnis zu verstehen. Hier möchten wir nur kurz auf die wichtigsten Verdienste der Arbeit hinweisen, auf die Komplexität, die außer dem Hauptthema, der Außenpolitik auch die gesellschafts- und ideengeschichtlichen Komponenten ständig in Betracht zieht. Besonders bemerkenswert ist die fortwährende Betonung der Rolle der öffentlichen Mei-

nung und eine neue, dynamische Anschauung der bisher im allgemeinen einseitig dargestellten Beziehung der Presse und der Außenpolitik, nach der die Presse nicht einfach das Sprachrohr der jeweiligen Politik sondern auch eine Werkstatt ihrer Konzeptionen war. Es gibt kaum noch ein Thema, dessen Untersuchung schwieriger sein könnte, als der öffentlichen Meinung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie; man müßte hierzu ein Dutzend Sprachen kennen und es wäre ein noch reger und planmäßiger Informationsaustausch unter den Historikern der Nachfolgestaaten auch nötig. Bis dahin kann aber der ungarische Leser mit Wohlgefühl zur Kenntnis nehmen, daß das großangelegte Werk von Heinrich Lutz kein zugängliches Ergebnis der ungarischen Historiographie außer Acht ließ.

Vilmos Heiszler

L. M. SCHNEIERSON

**DER FRANZÖSISCH-PREUSSISCHE KRIEG UND RUSSLAND.
AUS DER GESCHICHTE DER RUSSISCH-PREUSSISCHEN
UND RUSSISCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN (1867–1871)
MINSK, 1976. 304 S.**

**Л. М. ШНЕЕРСОН: ФРАНКО-ПРУССКАЯ ВОЙНА И РОССИЯ.
ИЗ ИСТОРИИ РУССКО-ПРУССКИХ И РУССКО-ФРАНЗУЗКИХ
ОТНОШЕНИЙ В 1867–1871 ГГ.**

Die Historiographie des französisch-preussischen Krieges kann reich genannt werden. Es fehlte aber bisher eine Monographie über die Politik Rußlands während des Krieges. Der Autor überblickt in seiner Analyse, die er aufgrund einer großen Quellenbasis (archivarischer Quellen, Memoiren, Presse, Aktenpublikationen) vornahm, die russisch-französischen und die russisch-preussischen Beziehungen vom Ende des preußisch-österreichischen Krieges, eigentlich vom Prager bis zum Frankfurter Frieden, der den französisch-preussischen Krieg abschloß.

Das Werk beginnt mit einer kurzen Darlegung der bürgerlichen und marxistischen Historiographie des Themas. Nach dieser Einleitung untersucht der Autor die inneren Faktoren, die auf die möglichen Richtungen der Außenpolitik einen grundlegenden Einfluß ausübten. Er malt ein breites Bild über die widerspruchsvolle wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Rußlands

nach der Bauernbefreiung. In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts konnte sich Rußland, das die Rolle einer Großmacht auch weiterhin beanspruchte, mit Recht auf die Ergebnisse der immer rascheren industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung beziehen, obwohl das Land den Weg der Entwicklung der Industrie noch eben betrat. Wenn man die Angaben der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Rußlands mit den entwickelten westlichen Ländern vergleicht, fällt vor allem der zweifelloso Rückstand in die Augen. Den Eisenbahnbau beschleunigten zwar strategische Überlegungen, doch fehlte in der behandelten Periode die Eisenbahnverbindung zwischen den zentralen Gebieten des Landes und der westlichen Grenze bzw. der östlichen Teile fast völlig. Die Industrie und der Handel hing bedeutend von der entwickelteren deutschen Wirtschaft ab. Im Kreis der sich herausbildenden russischen Bourgeoisie meldeten sich früh